

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 18 (1977)
Heft: 19

Artikel: Erste Bumerangs : Länder der Dritten Welt gegen sowjetische Wirtschaftserpressung
Autor: Sager, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094925>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Länder der Dritten Welt gegen sowjetische Wirtschaftserpressung

Erste Bumerangs

Von Peter Sager

Die sowjetischen Bemühungen, andere Länder dank wirtschaftlichen Massnahmen — einschliesslich Wirtschaftserpressung — zu kontrollieren, haben in letzter Zeit einige bemerkenswerte Rückschläge erlitten.

Da ist zunächst die neue Regierung Indiens, welche die «besonderen Beziehungen» von Frau Gandhi zu Moskau als beendet erklärte und damit auch die Stahlwerke in eigene Regie übernahm, die mit sowjetischer Hilfe aufgebaut worden waren. Sie waren hoffnungslos unwirtschaftlich geblieben und haben Indien grosse Verluste gebracht. Da ist sodann der Sudan, der sich durch die angedrohte Beendigung der sowjetischen Wirtschafts- und Militärhilfe nicht beeindrucken liess, sondern die Sowjetexperten im Mai des Landes verwies und das Personal der Sowjetbotschaft in Khartum auf vernünftigeren Proportionen reduzierte. Schliesslich hat Rumänien seine Energieabhängigkeit von Moskau dadurch zu vermindern getrachtet, dass es sich an einem amerikanischen Kohlenbergwerk beteiligt hat.

Die sowjetische Wirtschaftserpressung ist keine neue Technik. Vor 20 Jahren hatte die Sowjetunion versucht, mit einer Blockade gegenüber Polen Gomulka an die Kandare zu nehmen. Die gleiche Methode wurde gegenüber China angewendet. Und 1968 wurde den Unabhängigkeitsregungen Castros ein Ende gesetzt, indem die Exporte von Erdöl und Industriegütern abrupt eingestellt wurden. Die Massnahme war so erfolgreich, dass Kuba heute zu den willigsten Marionetten Moskaus gehört. Zum Dank erhält es eine sowjetische Wirtschaftshilfe, die gegenwärtig rund 10 Mio. Fr. täglich ausmacht.

Sudans Haltung folgte dem Beispiel Ägyptens. Die Unabhängigkeit, die Präsident Sadat bekundete, verärgerte Moskau. Es versuchte, ihr zu begegnen, indem zum einen der sowjetische Maschinenexport eingestellt, zum andern der Import ägyptischer Industriegüter sistiert und zum dritten die Waffenlieferungen aufgehalten wurden. Aber Sadat war entschlossen, solchem Druck nicht zu weichen, wies 15 000 Sowjetexperten aus Ägypten aus und kündete schliesslich den Freundschaftsvertrag von 1971 im Jahre 1976.

Die Sowjets versuchten es auf ähnliche Weise mit Sudans Präsident Numeiri. Sie hielten die Lieferung von Ersatzteilen für Maschinen und Waffen sowjetischer Herkunft auf und stellten die Arbeiten an sowjetischen Entwicklungsprojekten ein. Aber Moskau entfremdete sich dadurch dem Sudan nur um so mehr.

Der Neokolonialismus . . .

Es gibt Anzeichen, dass Moskau andernorts in Afrika über den Wert seiner Karten geboten hat. Mit Militärhilfe, Wirtschaftsabkommen, Fische-reiseträgen, gemeinsamen Unternehmungen hat die Sowjetunion versucht, eine Zusammenarbeit nach ihren eigenen Vorstellungen durchzusetzen.

In einigen Ländern hat diese «Zusammenarbeit» den sowjetischen Zugang zu Häfen und Flugplätzen eingeschlossen.

Die afrikanische Weigerung, der UdSSR Stützpunkte einzuräumen, kann zur Stornierung versprochener Wirtschaftshilfe führen, wie Guinea-Bissau erfahren musste. Dessen Regierung prüft jetzt die Kündigung des 1975 abgeschlossenen Fischereiabkommens.

Offensichtlich nur sowjetischen Interessen diente auch die Aufnahme der Unterstützung Äthiopiens, seit Oberst Mengistu nach einem Staatsstreich das Land auf Linkskurs brachte. Annähernd 10 Jahre lang hatte Moskau Somalia unterstützt, das sich in Gegnerschaft zu Äthiopien befindet. Im Krieg um Ogaden werden auf beiden Seiten sowjetische Waffen eingesetzt. Wenn in einem Konflikt beide Seiten mit westlichen Waffen kämpfen, gilt das als Beweis für den mörderischen Imperialismus der Kapitalisten.

Die sowjetische Taktik, Entwicklungsländer mit Wirtschaftserpressung in eine neue Art von Kolonien zu verwandeln, schien besonders erfolgreich in Indien, bis die Wegwahl von Frau Gandhi das Spiel in Frage stellte. Durch einen komplizierten Mechanismus, der die willkürliche

Aufwertung des Rubels im Vergleich zur Rupie ebenso einschloss wie den forcierten Absatz von sowjetischen Ueberschussgütern, wurde Indien in eine erhebliche Verschuldung gegenüber der UdSSR geführt. Einige indische Werke mussten nach sowjetischen Vorschriften produzieren und ihre Produkte zu Preisen abliefern, die von Moskau diktiert wurden.

. . . und seine Methoden

Das ist eines der wichtigeren Mittel der sowjetischen Wirtschaftserpressung in Asien. Sowjetische Exportgüter müssen überbezahlt werden, sowjetische Importe aus Asien aber werden unterbezahlt.

«Gemeinsame Projekte» im einseitigen Vorteil Moskaus sind eine weitere Technik, besonders was die Seetransporte betrifft. Sowjetische Schiffahrtsgesellschaften haben sich in mehreren asiatischen Unternehmungen, einschliesslich Werften, eingenistet. Gemeinsam betriebene Schiffahrtsgesellschaften mit sowjetischer Mehrheitsbeteiligung gefährden bereits einheimische Gesellschaften, so z. B. auf den Philippinen, und erlauben den Sowjets, sich in asiatischen Hoheitsgewässern ohne Erlaubnis des Gastlandes zu bewegen.

Der Moskauer «Narodnyj Bank» ist verschiedentlich vorgeworfen worden, dass sie sich in Hongkong und Singapur infiltrierte mit dem Zweck, den politischen Einfluss der Sowjetunion in Südostasien zu fördern.

Das nächste ZeitBild erscheint als Sondernummer und ist den 60 Jahren seit der «Oktober-Revolution» gewidmet. Es behandelt die Geschichte der Neuordnung und den Stand der Union.

Auch Malaysia ist schon wirtschaftlich erpresst worden. Um die Gründung «gemeinsamer Unternehmungen» nach sowjetischen Bedingungen zu erzwingen, drohte Moskau 1972 mit der Errichtung von Fabriken zur Herstellung synthetischen Kautschuks und mit der Reduktion der Naturgummiimporte aus Malaysia.

Rumäniens Entschluss, einen Drittel des Kapitals einer Kohlenmine in Virginien zu erwerben, stellt die erste grössere Investition eines osteuropäischen Staates in den Vereinigten Staaten dar. Die Kohlenabhängigkeit Rumäniens von der UdSSR dürfte auf diese Weise gemildert werden. Das ist von Belang, zumal Rumänien als einziges Mitglied der RGW (Comecon) kein sowjetisches Erdöl bezieht.

Wegen ihrer beherrschenden Stellung im Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) kann die Sowjetunion Preise festsetzen, Kontingente zuteilen, ferner über Arbeitskräfte, Kapital und technische Ausrüstungen der Mitgliedstaaten verfügen und «gemeinsame Projekte» organisieren. Dazu gehört das grösste solcher Projekte: der Bau der Orenburg-Pipeline für Erdgas. Dank ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht kann Moskau ihre Nachbarn kontrollieren; sie mischte sich als wichtigster Erdöllieferant auch in die finnische Innenpolitik ein. ■

